

WESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

SPD-Pressedienst  
2/KIX/170

Bonn, den 7. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Der Frieden dient</u>	52
	Von "Tag der Weimar"	
	Von Herbert Wehner	
	Stellvertretender Vorsitzender der	
	Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	
2	<u>Die Versäumnisse rächen sich</u>	36
	Viel zu wenige Sportlehrer an den höheren Schulen	
	Von Dr. Günther Müller	
	Bundesvorsitzender der Jungsozialisten	
3	<u>Liegt die Bundesrepublik hinter dem Mond?</u>	42
	Frage auf dem Astronomen-Kongress in Hamburg	
4 - 5	<u>"Wandelt euch durch ein neues Denken"</u>	73
	Nach dem Katholikentag	
6	<u>Die Bedeutung der Präsidentschaftswahl in Chile</u>	40
	Besinnung auf demokratische Traditionen	

Dem Frieden dienen!

Zur "Tag der Heimat"

Von Herbert Wehner

Stellvertretender Vorsitzender der  
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es darf und kann keinen Zweifel über unser Bekenntnis zum Recht auf die Heimat und zum ungeteilten Selbstbestimmungsrecht für alle Völker geben. Dieser Forderung kann sich niemand entziehen. Wenn das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht lediglich als eine Sache der Ost-, der Südost- oder Mitteldeutschen angesehen würde, müßten die anderen Deutschen eines Tages merken, daß sie etwas vernachlässigt haben. Diese Fragen sind eine Forderung und Aufgabe für das gesamte deutsche Volk.

In unserem Godesberger Programm ist gefordert, daß nach einem Volksgruppenrecht gestrebt werden muß und daß dieses Volksgruppenrecht in Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten zu stehen hat. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt das Recht aller Menschen auf ihre Heimat, ihre Sprache, ihr Volkstum und ihre Kultur. In diesem Streben dürfen wir allesamt nicht müde werden. Wir müssen uns immer wieder gegenseitig bestärken, daß diese Rechte für alle Menschen, auch für die Deutschen, für alle Deutschen, Gültigkeit besitzen und durchgesetzt werden müssen.

Die deutsche Frage läßt sich weder durch eine Umleitung noch durch Einmauern aus der Welt schaffen, weil sie auch eine Frage an die Menschheit ist, ob eine Friedensordnung auf dem Fundament des Rechtes für jeden Deutschen und alle Deutschen zusammen stehen soll. Was gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder überbügeln oder dazu nötigen ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraubtes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr so genannt werden soll? Was gewönne die Welt damit? Sie gewönne höchstens

7. September 1964

eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre letzten Endes das Opfer einer Täuschung.

Wir werden gewiß nicht als bequem empfunden, wenn wir die Sache so sehen, aber wir können das nicht ändern, wir dürfen das nicht ändern. Wir treten für eine Wiedergutmachung der Vertreibung ein, für die Verwirklichung des Rechts der Vertriebenen auf ihre Heimat. Dabei sind wir bereit zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn in allen Himmelsrichtungen, wohingegen die Machthaber des Ostens sich Begräbnissen bedienen, die aus dem Wortschatz der vergangenen Epoche des 19. Jahrhunderts stammen.

Niemand von uns denkt an Rache oder Vergeltung. Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge haben das Dokument "Charta der Heimatvertriebenen" geschaffen, ein Dokument der Friedfertigkeit und Besonnenheit, das leider noch viel zu wenig in der Welt bekannt ist und entsprechend gewertet wird. Bei aller Friedfertigkeit und Besonnenheit können wir allerdings niemals bereit sein, auf Menschenrechte auch nur für einen Teil unseres Volkes zu verzichten.

Alle sollen wissen, daß wir auch keine Kapitulantinnen vor Gewaltandrohung und Gewaltanwendung sind. Wir müssen und werden die Freiheit schützen, den Frieden wahren und mit friedlichen Mitteln das Recht der Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk erringen. Wir wollen uns über den nationalen Rahmen hinaus in größere Gemeinschaften hineinfügen und ein wirtschaftspolitisch geeintes Europa schaffen mit gutnachbarlichen Beziehungen zu allen, auch zu den osteuropäischen Staaten.

Es ist das Ziel unserer Politik, mit freien Bürgern Europas als freie Bürger zusammenzuleben. Wir werden uns durch keinen Versuch irremachen lassen, der dieser unserer Zielsetzung zuwiderläuft.

+ + +

### Die Versäumnisse rächen sich

Viel zu wenige Sportlehrer an den höheren Schulen

Von Dr. Günther Müller,

Bundevorsitzender der Jungsozialisten

Die bevorstehenden Olympischen Spiele und die Qualifikationswettbewerbe für die gesamtdeutsche Olympiamannschaft haben den Sport mehr denn je in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion rücken lassen. Die Schwächen, die dabei auf der Seite der Bundesrepublik aufgetreten sind, rechtfertigen keinerlei Polemik. Sie sollten aber ein Anlaß sein, ernsthaft die Situation im bundesdeutschen Sport zu überdenken. Den Angelpunkt der ganzen Misere bildet nicht zuletzt der Schulsport. Fehlende Turnhallen, Sportplätze und Schwimmbäder, ausfallende Turnstunden in vielen ländlichen Volksschulen, sind eine Seite des Problems. Besonders schwarziegend ist jedoch die Tatsache, dass auch an den höheren Schulen im Ausland, besonders in den USA, die Keimzelle der späteren Olympiateilnehmer, nicht einmal die vorgeschriebenen Turnstunden gegeben werden können. Die Hauptursache dafür ist der starke Fehlbestand an Studienräten mit der Lehrbefähigung in Leibesübungen. Während in der Bundesrepublik 10 600 Leibeserzieher an höheren Schulen benötigt werden, standen 1963 nur 4839 zur Verfügung. Der Fehlbestand war in Berlin mit 27,6 Prozent und in Hessen mit 37,8 Prozent relativ am niedrigsten. In Bayern stieg er auf 73 Prozent und im Saarland gar auf 78 Prozent an.

Nach den Berechnungen des Ettlinger Kreises werden die freien Stellen bis 1970 in der Bundesrepublik 55,6 Prozent betragen. Anstelle von 15 480 beschäftigten Sportlehrern wird man nur 8 878 zur Verfügung haben. Die Versäumnisse in der Ausbildung von Sportlehrern werden sich bitter rächen. So hat man in Bayern vor zehn Jahren für die Studien an der einzigen Ausbildungsstätte des Landes, der Bayerischen Sportakademie in München-Grünwald, aus einer vielzacher Anzahl von Bewerbern jährlich nur 25 bis 35 Studenten zur Ausbildung des Faches "Leibeserziehung an höheren Schulen" zugelassen. Viele, zum Teil hervorragende Sportler, mussten sich nach einem anderen Studium umsehen, weil man damals glaubte, dass mit dieser geringen Zahl der Bedarf gedeckt werden könne. Heute hat man in Bayern für 1575 Stellen nur 426 Sportphilologen.

Nicht nur für die Situation unseres Leistungssportes, sondern auch im Hinblick auf die körperliche Belastung der Abiturienten bei der Bundeswehr - die traurigen Fälle Nagold und Eselingen haben es bewiesen - ist eine rasche Abhilfe notwendig. Eine Vermehrung der Ausbildungsstätten und damit eine verstärkte Zulassung zum Studium der Leibesübungen muss in allen Bundesländern Wirklichkeit werden.

## Liegt die Bundesrepublik "hinter dem Mond"?

### Frage auf dem Astronomen-Kongreß in Hamburg

sp - Die wissenschaftliche Astronomie in der Bundesrepublik ist beinahe auf das Niveau eines Entwicklungslandes zurückgefallen. Das gilt vor allem für jene Sparten, die große und wertvolle Beobachtungsgeräte benötigen. Dieser Eindruck, der bei den Astronomen selbst schon seit langem bekannt ist, entstand nun auch für den Laien auf dem internationalen Astronomen-Kongreß, der kürzlich zum ersten Mal in der Bundesrepublik, und zwar in Hamburg, unter dem Präsidium des Moskauer Professors Ambarsumjan stattfand.

Der Göttinger Universitätsprofessor Voigt konnte bei einem Vergleich mit der Sowjetzone folgendes feststellen: In der ganzen Welt gibt es 37 große Radioteleskope; die Bundesrepublik besitzt nur ein derartiges Gerät. Der Größe nach nimmt es den vierundzwanzigsten Platz in der Weltreihung ein. Demgegenüber besitzt die Zone in Ostberlin das neungrößte Radioteleskop. In der ganzen Welt besitzen heute etwa 100 Sternwarten optische Instrumente, bei denen das Spiegelteleskop mindestens einen Meter groß ist. Die Bundesrepublik verfügt nur über ein ein sehr veraltetes Spiegel. In der Sowjetzone gibt es sechs Sternwarten mit modernen und über einen Meter großen Spiegeln. In Jena wurde sogar ein Zwei-Meter-Spiegel installiert. Die Bundesrepublik hat nur sechs von den 250 größten Sternwarten der Welt, die über eine gute Ausrüstung mit Instrumenten verfügen. In der Sowjetzone stehen neun derartige Sternwarten.

Die Konsequenz dieser Rückständigkeit leuchtet auch dem Laien ein. Es ist bei uns kaum möglich, sich mit den astronomischen Vorgängen außerhalb der Milchstraße, also im Bereich der Sternennebel, wissenschaftlich so zu befassen, wie es heute allgemeingültig ist. Kein Wunder also, daß die westdeutsche Astronomie keinen nennenswerten Beitrag mehr für die Kosmologie leisten kann.

Die Tatsache, daß die Bundesrepublik sich an dem Projekt beteiligen wird, in Chile eine hochmoderne Europa-Sternwarte zu bauen, die über das zweitgrößte astronomische Fernrohr in der Welt verfügen wird, kann das Defizit bei der Geräteausrüstung im eigenen Lande nicht wettmachen. In Chile können schließlich nur wenige deutsche Wissenschaftler neben vielen anderen aus Europa forschen.

Nur in zwei Bereichen der Astronomie hat die Bundesrepublik noch ein Wort mitzureden. Es handelt sich hier um die Astrometrie, bei der es um die Messung von Sternpositionen geht, und ferner um die theoretische Astronomie, die vor allem auf elektronische Rechenanlagen angewiesen ist. - Auf dem Astronomen-Kongreß in Hamburg wurde auf Grund der dort getroffenen Feststellungen über den Zustand deutscher Forschungsmöglichkeiten gefragt, ob die Bundesrepublik auch auf diesem Gebiet "hinter dem Mond" liege . . .

"Wandelt euch durch ein neues Denken"

Nach dem Katholikentag

sp - "Wandelt euch durch ein neues Denken" - dieses Leitwort stellte den 80. Deutschen Katholikentag mitten in die Bewegung, die die katholische Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil für alle Welt sichtbar ergriffen hat. Unter dieser Losung demonstrierte die imponierende Wallfahrt der Hunderttausende, daß der Beitrag deutscher Bischöfe und Theologen zu den vorwärtsdrängenden Ideen des Vatikanums auch als Ausdruck neuer geistiger Strömungen im deutschen Laienkatholizismus verstanden werden muß. Aus dieser Forderung schließlich der Kirche an die Gläubigen haben viele der in Stuttgart Versammelten die Einsicht gewonnen, daß die Kirche den Dialog mit der modernen Welt nicht mehr abbrechen kann, ohne an ihrer Sendung Schaden zu nehmen. Hier, in den Diskussionen der katholischen Laien, wurden die Erwartungen und Hoffnungen ausgesprochen, die sie, für die sich das Verhältnis ihrer Kirche zu den geistigen und sozialen Erscheinungen dieser Zeit in tausend praktischen Zweifelsfragen des Alltags bewähren muß, an die Öffnung für ein neues Denken knüpfen.

Testfall Bildungspolitik

Es ist strenggenommen Zufall, daß diese Diskussionen in der Delegiertenversammlung der katholischen Verbände am heftigsten waren, wie daß sie sich um das Thema "Bildungspolitik" konzentrierten. Selbstverständnis und Einflußmöglichkeit des Verbandeskatholizismus hängen unmittelbar von der geistigen Grundhaltung seines politischen Engagements an den Lebensfragen der Gesellschaft ab, von denen die Probleme der Bildung und Ausbildung zu den drängendsten gehören. Wenn es - wie der Präsident des Katholikentags bei der Schlußkundgebung am Sonntag betonte - zu den Hauptaufgaben dieser Generalversammlung katholischer Laien gehörte, im Gespräch mit der geistlichen Hierarchie dem künftigen Wirken der Kirche in der Welt die Weichen zu stellen, dann müssen besonders die Diskussionen derjenigen, die als Vertreter von 60 katholischen Verbänden in der täglichen politischen Praxis stehen, die politische Haltung abschätzen lassen, die künftig vom deutschen Katholizismus zu erwarten ist. Die Auseinandersetzung um eine katholische Bildungspolitik sind dafür ein Testfall.

Auf diesem Gebiet brennt es auf den Nägeln. Allzu deutlich spricht die negative Bildungsbilanz unseres katholischen Volksteils für die Notwendigkeit, sich von überkommenen Bedenklichkeiten zu lösen und überlieferte Positionen im Hinblick auf die Erfordernisse der Gegenwart neu zu überdenken.

### Gegen den "Galilei-Komplex"

Wenn auch die Aussprache über eine vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken vorbereitete Erklärung zur Bildungspolitik ein recht mageres Ergebnis zeitigte, so bleibt die überraschend intensive Diskussion einzelner Probleme ein Positivum. Sie zeigte, daß in der Bildungspolitik über eine Unzahl von Sachfragen zu handeln ist, zu denen die spirituellen Anliegen der Kirche nicht der einzige Zugang sein kann. Ja, die Kritik der deutschen Kolpingfamilie an der Vernachlässigung von Wirtschaft, Technik und Politik im Entwurf des Zentralkomitees ließ darüber hinaus erkennen, daß ein einseitig spiritueller Bildungsbegriff keine tragfähige Grundlage moderner Bildungspolitik abgibt. Hier liegt das kulturpolitische Dilemma des deutschen Katholizismus, der - wie Alois Behardt am Freitag feststellte - seit der Aufklärung mit einem "Galilei-Komplex" behaftet, den katholischen Glauben noch allzu häufig als eine Sonderform der konservativen Kulturkritik mißversteht und angesichts der neuen Fragen und Aufgaben in Sterilität verharret.

### Laien zeigten wenig Verständnis für "Gespensterschlecht"

Selbstkritische Einsichten dieser Art wurden auch von den Delegierten der katholischen Verbände geäußert und ließ sie wenig Verständnis für die Ausführungen des Schulreferenten der Fuldaer Bischofskonferenz finden, der das Leitwort dieses Katholikentages als Aufforderung an die anderen verstanden wissen wollte. Seine Kritik an den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD, die gerade von Vertretern der katholischen Laienschaft als ein wesentlicher Beitrag zur Entkantung überholter Frontstellungen begrüßt wurden, ging ebenso an den wirklichen Problemen vorbei wie seine Forderung nach Gründung einer katholischen Universität.

In der bildungspolitischen Diskussion unserer Tage geht der Kampf nicht um Bastionen der Vergangenheit. Eine Gespensterschlecht der Kirche gegen den angeblich laizistischen Staat ist ebenso unzeitgemäß wie Klassenkampfpapieren des vorigen Jahrhunderts. Die Aufforderung von Bischof Pöhltschneider, "angesichts der Härte des Kampfes" den Helm Dester zu binden, mußte gerade denjenigen Delegierten unverständlich bleiben, die die Verantwortung der Kirche in der Welt das Visier öffnen läßt, um die Wirklichkeit voll in den Blick zu bekommen.

\* \* \*

Jede Wandlung ist schwer und muß sich gegen viele Widerstände und Bequemlichkeiten durchsetzen. Aber der 80. Deutsche Katholikentag hat nicht nur dies gezeigt, sondern auch deutlich gemacht, daß der deutsche Katholizismus um ein neues Denken ringt, damit er seinen Anteil an der Lösung der Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes übernehmen kann.

+ + +

## Die Bedeutung der Präsidentschaftswahl in Chile

### Besinnung auf demokratische Traditionen

Die Wahl von Dr. Eduardo Frei zum Präsidenten der Republik Chile und die Niederlage des von einer sogenannten Volksfrontgruppe auf den Schild gehobenen Kandidaten Allende, ist ein bedeutendes politisches Ereignis, das geeignet erscheint, manche Unklarheiten im lateinamerikanischen Raum zu beseitigen. Ursprünglich hatte man angenommen, es werde bei diesen Wahlen ein Kopf-an-Kopfrennen zwischen Frei und Allende geben, weil die chilenischen Kommunisten und einige mit ihnen sympathisierenden Linksgruppen es verstanden hatten, allzu offen als Vertreter kommunistischer Parolen in Erscheinung zu treten. Der gewählte Präsident Dr. Frei, der mit fast 1,5 Millionen Stimmen den Gegenkandidaten Allende um rd. 500 000 Stimmen überflügeln konnte, bezeichnet sich zwar als christlich-demokratischer Politiker, vertritt jedoch ein Programm, das wesentlich fortschrittlicher ist als das der christlich-demokratischen Parteien in Europa.

Die chilenischen Kommunisten hatten, offensichtlich im Einvernehmen mit Moskau, sehr zielbewußt versucht, ihre Politik als "demokratisch-fortschrittlich" zu tarnen. Sie wollten dadurch erreichen, daß sie auch die Stimmen von linksorientierten liberalen Elementen erhalten. Hierbei kam ihnen zugute, daß in Chile die Volksfront-Idee schon 1950 - also einige Jahre vor ihrer Praktizierung in Frankreich - angewandt wurde und daß sie infolgedessen hier eine gewisse Tradition besitzt. Auf diese Tradition aufbauend, wollten die chilenischen Kommunisten ganz legal an die Macht gelangen.

Von entscheidender Bedeutung für den Wahlsieg von Dr. Frei ist die Tatsache, daß ein großer Teil des chilenischen katholischen Klerus schon seit längerer Zeit, besonders in wirtschaftlicher Beziehung, eine außerordentlich fortschrittliche Haltung einnimmt und sich mehrfach gegen die Großgrundbesitzer und die Machtpositionen der von den Kommunisten als "ausländischer Monopol-Kapitalismus" bezeichneten Kräfte ausgesprochen hat. Der Sieger der Präsidentschaftswahl, Dr. Frei, hat diesen Umstand geschickt auszunutzen gewußt und von sich aus eine Reihe von Reformen in seiner Wahlpropaganda vertreten, denen die Kommunisten wenig entgegenzusetzen hatten. Hierbei geht es vor allem um die Agrarreform, um den Versuch, die Massenabwanderung der Landbevölkerung in die Städte zu verhindern und schließlich um die Organisation einer gemischter Wirtschaft, die mit privatem und staatlichem Kapital modernisiert werden soll.

Die Wahl von Dr. Frei ist eine Niederlage des Kommunismus in diesem Teil der Erde und möglicherweise der Beginn der Selbstbesinnung auf starke demokratische Traditionen in lateinamerikanischen Raum.